

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0  
Telefax: (02 28) 9 15 20-12 (Redaktion)  
9 15 20-15

## Inhalt

Klarheit über die Steuerpolitik der Bundesregierung fordern im Namen der Länder und Gemeinden die Ministerpräsidenten der SPD-regierten Länder.

Seite 1

Unterstützung im Atomstreit mit Bundesumweltminister Töpfer bekommt die niedersächsische Landesregierung von der SPD-Bundestagsfraktion. Fragwürdige Zustände beklagt **Michael Müller MdB.**

Seite 2

Eine deutliche Antwort der EU-Staaten an Italiens Ministerpräsident Berlusconi wegen der Lockerung der Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität fordert **Heinke Sallsch MdEP.**

Seite 3

Im Herbst geht Bundesarbeitsminister Blüm das Geld für die Arbeitslosenhilfe aus. Die Bundesregierung ist mit ihrem Latein am Ende, konstatiert **Karl Diller MdB.**

Seite 4

49. Jahrgang / 135

18. Juli 1994

### Länder und Gemeinden brauchen Klarheit über Steuerpolitik der Bundesregierung Erklärung der Ministerpräsidenten der SPD-regierten Länder

Die Länder sind bei ihrer Haushalts- und Finanzplanung für die kommenden Jahre davon ausgegangen, daß die Bundesregierung bis zum Sommer ihr steuerpolitisches Konzept für die nächste Legislaturperiode vorlegt. Dazu hatte sich die Bundesregierung in ihrem amtlichen Jahreswirtschaftsbericht 1994 gegenüber dem Bundesrat und dem Deutschen Bundestag verpflichtet. Der Bundeskanzler hat diese Absicht am 13. Mai 1994 selbst noch einmal bekräftigt.

Die jetzige Entscheidung der Bundesregierung, diese Zusage nicht mehr einhalten zu wollen, ist für die Länder nicht hinnehmbar. Die Bundesregierung hat die Amtspflicht, ihre steuerpolitischen Planungen darzulegen und damit die notwendige Transparenz für alle staatlichen Ebenen und für die Öffentlichkeit zu schaffen. Es ist insbesondere nicht akzeptabel, daß die Bundesregierung bis heute kein Konzept dafür vorgelegt hat, wie die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zur Steuerfreistellung des Existenzminimums umgesetzt werden sollen.

Mit ihrer Weigerung, Klarheit über die entsprechenden steuerpolitischen Eckwerte zu schaffen, verursacht die Bundesregierung eine gravierende Unsicherheit für die weitere Haushaltsplanung der Länder. Da in der am 15. Juli vom Bundeskabinett beschlossenen mittelfristigen Finanzplanung wesentliche steuerpolitische Vorhaben unberücksichtigt geblieben sind, hat die Bundesregierung ihre Finanzdaten als Planungsgrundlage für die Länder weitgehend entwertet.

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 25. September 1992 muß ab 1996 eine verfassungskonforme Steuerfreistellung des Existenzminimums sichergestellt werden. Hierdurch werden nach Angaben des Bundesministers der Finanzen gravierende Veränderungen bei der Lohn- und Einkommensteuer von jährlich bis zu 40 Milliarden DM eintreten. Da die Lohn- und Einkommensteuer überwiegend den Ländern und Gemeinden zufließt, hat eine Veränderung in dem vom Bundesfinanzminister genannten Ausmaß für diese staatlichen Ebenen eine nicht zu überschätzende Bedeutung. Daher ist es für die Länder von größter Wichtigkeit zu erfahren, wie die Steuerfreistellung des Existenzminimums nach Ansicht der amtierenden Bundesregierung finanziert werden soll.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn  
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50 mtl.  
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verpflichtete Umsetzung  
mit vermehrten Abfallstoffen  
Recycling-Papier



Die Bundesregierung hat seit 1992 Zeit gehabt, konkrete Lösungsvorschläge dafür zu erarbeiten, wie die aus der Sicht der Ministerpräsidenten dringend gebotene Steuerfreistellung des Existenzminimums unter Beachtung der haushaltswirtschaftlichen Notwendigkeiten erreicht werden kann. Die Bundesregierung hat in diesem Zusammenhang vor längerem auch eine Expertenkommission eingesetzt, die dazu Vorschläge erarbeiten soll. Deshalb ist davon auszugehen, daß dem Bundesminister der Finanzen bereits entsprechende Ausarbeitungen vorliegen.

Die Ministerpräsidenten der SPD-geführten Länder fordern den Bundeskanzler auf, den Bundesminister der Finanzen anzuweisen, die bisherigen Ausarbeitungen und Ergebnisse der Expertenkommission zur Steuerfreistellung des Existenzminimums unverzüglich zu veröffentlichen.

Die Länder und Gemeinden brauchen Transparenz, um daraus Schlußfolgerungen für ihre mittelfristigen Finanzplanung ziehen zu können. Nach Ansicht der Ministerpräsidenten der SPD-geführten Länder ist es auch ein Gebot der Redlichkeit, für die Öffentlichkeit unverzüglich Klarheit über die künftige Be- und Entlastung der Lohn- und Einkommensteuerzahler zu schaffen.

(-/18. Juli 1994/hgs/ks)

\*\*\*\*\*

**Keine Chance auf Energiekonsens**  
**SPD unterstützt Niedersachsen im Atomstreit**

**Von Michael Müller MdB**  
**Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion**

Die SPD-Bundestagsfraktion hat Bundesumweltminister Töpfer aufgefordert, sich nicht länger als Scharfmacher in der Atompolitik zu betätigen. Der Widerspruch ist eklatant, daß Töpfer in zentralen Fragen der Umweltpolitik wie Sommersmog, Verringerung der Verkehrsbelastungen, Energiesteuer oder Abfallpolitik stets abtaucht oder einknickt, aber in der Atompolitik immer wieder den starken Max markiert.

Die Entsorgungsfrage für den atomaren Müll ist ungeklärt. Dies stellt die Frage, ob es nicht sogar zu einem Stop der Nuklearnutzung kommen muß. Denn noch immer stimmt das Bild, daß mit den AKW's Jumbo-Jets gestartet sind, ohne daß ein Landeplatz existiert. Herr Töpfer weiß das. Deshalb will er mit Gorleben vollendete Tatsachen durch Zwischenlager schaffen, obwohl dies kein nationales Entsorgungskonzept ist und auch nicht klar ist, welche Mengen überhaupt anfallen. Mit Gorleben soll ein fragwürdiger Zustand verlängert werden, der den Befürwortern als "Entsorgungsnachweis" dienen soll.

Die Auseinandersetzung um die "Castor"-Behälter hat einen grundsätzlichen Charakter: Den Gegnern der Atomenergie soll ein zentrales Argument, die ungelöste Entsorgungsfrage, scheinbar durch eine Ausweitung von Zwischenlagern aus der Hand geschlagen werden. Es drängt sich der Eindruck auf, daß ein Exempel statuiert werden soll. Das zeigt sich auch daran, daß die Transporte aus dem badischen Atomkraftwerk Philippsburg aus sachlichen Gründen nicht notwendig wären.

Die eigentlich Verantwortlichen für diesen Konflikt sind die Bonner Minister Töpfer und Rexrodt: Der eine, weil er bis heute kein Entsorgungskonzept vorgelegt hat, der andere, weil er an den unsinnigen Strukturen der heutigen, auf expansiven Verbrauch ausgerichteten Strukturen der Energieversorgung festhält. Die Schlüsselfrage ist von daher ein Umbau der Energieversorgung hin zu einer effizienten und solaren Nutzung. Die ist jedoch mit der Nutzung der teuren und großtechnologischen Atomenergie nicht zu vereinbaren. Auch die Entsorgungsprobleme sind nicht - wie vorgesehen - national zu lösen, wenn die AKW-Nutzung weiter bestehen bleibt, denn der Atommüll wird in den nächsten Jahren eine gewaltige Größenordnung annehmen. Deshalb ist die Auseinandersetzung um die Castor-Behälter im Kern eine Auseinandersetzung um die weitere Nutzung der Atomenergie. Dafür will die Bundesregierung mit ihrer rücksichtslosen Strategie vollendete Tatsachen schaffen. So besteht jedenfalls keine Chance auf einen neuen Energiekonsens, der von denselben Ministern bei jeder Gelegenheit gefordert wird.

(-/18. Juli 1994/hgs/ks)

\*\*\*\*\*

**Ein Schlag ins Gesicht der Ermittlungsbehörden**  
**Deutliche Antwort der EU-Staaten an Berlusconi ist fällig**

**Von Heinke Salisch MdEP**  
**Innenpolitische Sprecherin der SPD-Europaabgeordneten**

Vor allem die neue italienische Regierung scheint nicht länger an der Betrugsbekämpfung interessiert. Das von der Berlusconi-Regierung verabschiedete Dekret, das zur Entlassung der Korruption Angeklagter aus der Untersuchungshaft führt, ist ein Schlag ins Gesicht aller Ermittlungsbehörden in der Europäischen Union und muß von den anderen EU-Staaten entsprechend beantwortet werden.

Das Dekret sieht ein Verbot der Untersuchungshaft für Delikte gegen die öffentliche Verwaltung vor und hat zur Konsequenz, daß die im Zuge der Ermittlungen der Aktion "saubere Hände" (mani pulite) festgenommenen Angeklagten wieder auf freien Fuß kommen. Der Mailänder Chefankläger Antonio Di Pietro und verschiedene andere Ermittler haben daraufhin um ihre Versetzung gebeten.

In der Hoffnung die Öffentlichkeit sei durch das bevorstehende Endspiel der Fußball-Weltmeisterschaft und die Sommerferien abgelenkt, versuchte die Berlusconi-Regierung das Rad in der Betrugsbekämpfung zurückzudrehen. Dies darf die Europäische Union nicht hinnehmen. Es darf keine Bevorzugung für korrupte Politiker und Industrielle geben.

Nach den Morden an den Richtern Giovanni Falcone und Paolo Bosellino ist für diejenigen, die in Italien und in anderen EU-Staaten die Durchdringung von Politik und Wirtschaft durch Gruppen der organisierten Kriminalität bekämpfen, dieses Dekret ein Schlag ins Gesicht.

Vor diesem Hintergrund wird es immer dringlicher die Straftatbestände "organisierte Kriminalität" und "Korruption" mit entsprechenden Sanktionen im Gemeinschaftsrecht zu überführen.

(-/18. Juli 1994/hgs/ks)

\*\*\*\*\*

**Die Bundesregierung ist mit ihrem Latein am Ende**  
**Im September hat Blüm für Arbeitslosenhilfe-Empfänger kein Geld mehr**

Von Karl Diller MdB

Durch die miserable Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung steigt dramatisch die Zahl derjenigen, die seit längerem arbeitslos sind, deshalb ihren Anspruch auf Arbeitslosengeld verlieren und wegen Bedürftigkeit Arbeitslosenhilfe beziehen. In den letzten zwölf Monaten erhöhte sich ihre Zahl im Westen um 106.000 (gleich 20 Prozent); im Osten um 108.000 (gleich 47 Prozent).

Die finanziellen Folgen dieser Politik zeigt der Kassenabschluß der Bundesanstalt für Arbeit (BA) für das erste Halbjahr 1994: Anfang September wird Arbeitsminister Norbert Blüm für die dann eine Million Arbeitslosenhilfe-Empfänger kein Geld mehr haben. Die für 1994 vorgesehenen 12,1 Milliarden DM werden bis dahin ausgegeben sein. Bis zum Jahresende wird Finanzminister Theo Waigel weitere fünf bis sechs Milliarden DM überplanmäßig für Arbeitslosenhilfe bereitstellen müssen.

Das Finanzdesaster ist die direkte Folge der Politik von CDU/CSU und FDP, die der BA die Möglichkeiten zur aktiven Arbeitsmarktpolitik radikal zusammengestrichen haben. Im Haushaltsvollzug 1994 zwingt die Koalition die BA sogar, bei beruflicher Fortbildung, Umschulung, Förderung der Arbeitsaufnahme, Förderung der Selbständigen, Förderung der Schwervermittelbaren, allgemeiner ABM und ABM für Ältere weit unter den Etat-Ansätzen zu bleiben. Allein im ersten Halbjahr belaufen sich dadurch die Minderausgaben der BA für aktive Arbeitsmarktpolitik auf über zwei Milliarden DM. Doch die Einsparungen hier sind die Mehrausgaben dort.

Vernünftig und geboten wäre es, die Arbeitslosen durch Fortbildung und Umschulung beruflich besser zu qualifizieren, dadurch einen Beitrag zur Standortqualität Deutschlands zu leisten, den Menschen neue Perspektiven und Hoffnungen zu geben. Statt dessen plant die Bundesregierung, ab 1995 über 200.000 von ihnen zu Sozialhilfe-Empfängern zu machen und in den sozialen Abstieg zu schicken. Dann müßten die Gemeinden vier bis fünf Milliarden DM für die Folgen der miserablen Bonner Politik aufbringen.

CDU/CSU und FDP sind mit ihrem Latein am Ende. Ihre Politik ist finanz-, wirtschafts- und sozialpolitisch verantwortungslos. Es ist an der Zeit, daß die Bürgerinnen und Bürger ihr ein Ende setzen.

(-/18.7.1994/vd-he/hgs)

\*\*\*\*\*